

Inhaltsverzeichnis

zur Niederschrift über die öffentliche 09./X. Ratsperiode Sitzung des Sozialausschusses der Stadt Kleve am Donnerstag, dem 22.09.2016, 17.00 Uhr, im Interimsrathaus - Zi. 005

	<u>Seite</u>
1. Bericht des Fachbereichs Arbeit und Soziales	3 - 5
2. Controllingbericht des Fachbereichs Arbeit und Soziales für das 2. Quartal 2016 - Drucksache Nr. 497 /X. -	5
3. Quartiersentwicklung	5 - 7
4. Mitteilungen	
a) Vorstellung der Koordinatorin Frau Süßmaier	7
b) KOMM-AN NRW	7
c) Klosterpforte	7
5. Anfragen	
a) Besichtigung Übergangsheim ‚Alte Post‘	8

Niederschrift

**über die öffentliche 09./X. Ratsperiode Sitzung des Sozialausschusses der Stadt Kleve
am Donnerstag, dem 22.09.2016, 17.00 Uhr, im Interimsrathaus - Zi. 005**

Unter dem Vorsitz der
Stadtverordneten Siebert, Susanne (Bündnis 90/ DIE GRÜNEN)
sind anwesend die Stadtverordneten:

Boskamp, Heinz	SPD
Bungert, Alexander	FDP
Döllekes, Fredi	SPD
Duenbostell, Horst	SPD für Schneider, Gisela
Gerritzen, Christa	SPD
Heyrichs, Michael	CDU
Hiob, Georg	CDU
Hütz, Klaus-Werner	Bündnis 90/ DIE GRÜNEN
Ricken, Edmund	CDU für Bucksteeg, Friedhelm
Maaßen, Manfred	CDU
Merges, Carina	Offene Klever
Thon, Sarah	SPD
Verhoeven	CDU für Kanders, Angelika

Sachkundigen Bürger:

Balli, Nuray	für Sevim, Cemile
Grundmann, Tobias	
Kanders, Josef	
Kauter, Lukas	
Linsen, Bastian	

Nicht anwesend:

Bucksteeg, Friedhelm	CDU
Garisch, Siegbert	
Kanders, Angelika	CDU
Kizilkaya, Ünver	
Schneider, Gisela	
Sevim, Cemile	

Von der Verwaltung sind anwesend:

Erster Beigeordneter Haas
Fachbereichsleiter Erps
Verwaltungsangestellter Görtz
Stadtoberinspektorin Süßmaier
Verwaltungsangestellter Kunders als Schriftführer

Ausschussvorsitzende Siebert begrüßt die Anwesenden und eröffnet die Sitzung des Sozialausschusses. Sie stellt fest, dass zu der anstehenden Sitzung form- und fristgerecht eingeladen wurde. Ferner stellt sie fest, dass aus dem Kreis der Anwesenden keine Einwände gegen die Niederschrift der Sitzung vom 25.05.2016 und darüber hinaus keine Anmerkungen zur vorliegenden Tagesordnung bestehen.

1. **Bericht des Fachbereichs Arbeit und Soziales**

Mit einer PowerPoint Präsentation, welche der Niederschrift beigelegt ist, gibt Fachbereichsleiter Erps den Anwesenden einen Überblick über die Eckdaten der Aufgabenerledigung des Fachbereiches Arbeit und Soziales. Eingangs seiner Ausführungen weist er darauf hin, dass er vier große Themenbereiche zum Inhalt seiner Ausführungen gemacht habe:

- 1.) SGB II, 9. Änderungsgesetz
- 2.) SGB II und SGB XII, neues KDU-Konzept des Kreises Kleve
- 3.) Asyl, Sachstand – Zuführung zur Antragstellung
- 4.) Statistische Daten- und Fallzahlenentwicklung

Hinsichtlich der Novellierung des SGB II sei nach Auskunft von Fachbereichsleiter Erps der Beratungsanspruch der Kunden nunmehr in den Fokus gerückt worden. Neben einer Verlängerung des Bewilligungszeitraumes auf nunmehr 12 Monate sei die Novellierung auch davon geprägt, dass der Gesetzgeber nunmehr einen größeren Zugang zum SGB II für Auszubildende ermögliche. Durch das 9. Änderungsgesetz zum SGB II sei zudem nunmehr eine organisatorische Änderung dahingehend vorgenommen worden, dass künftig ausschließlich das Jobcenter des neuen Wohnortes für die Zustimmung zu einem Umzug zuständig sei. Außerdem sei die Möglichkeit eingeräumt worden, bei kurzfristigen finanziellen Notlagen einen Vorschuss von maximal 100 Euro auf den nächsten Monatsanspruch zu gewähren. In organisatorischer Hinsicht sei außerdem nunmehr festgelegt worden, dass bei sogenannten ‚Aufstockern‘ (gleichzeitiger Bezug von Arbeitslosengeld I und Arbeitslosengeld II) entgegen der bisherigen Regelung nunmehr durch die Bundesagentur für Arbeit die Gewährung etwaiger Eingliederungsleistungen erfolge.

Hinsichtlich des neuen KDU-Konzepts des Kreises Kleve weist Fachbereichsleiter Erps darauf hin, dass seitens des Trägers fünf vergleichsräume im Kreis Kleve gebildet worden seien um unterschiedlichen Unterkunfts-kosten gerecht zu werden. Bislang sei durch den Sozialhilfeträger jede einzelne Unterkunfts-komponente (Kaltmiete, Betriebskosten und Heizkosten) getrennt für sich betrachtet worden. Das neue Konzept gehe jedoch nunmehr von einer Bruttowarmmiete aus, so dass einzelne Mietkomponenten gegenseitig ‚deckungsfähig‘ seien. Im Einzelfall sei weiterhin ein Überschreiten der Angemessenheitsgrenze möglich.

Für den Rechtskreis Asyl berichtet Fachbereichsleiter Erps über die vorgenommenen Zuführungen zur Antragstellung. Diese seien notwendig geworden, da eine große Zahl von Asylbewerbern bislang lediglich im Besitz einer Bescheinigung über die Meldung als Asylsuchender (BüMA) gewesen seien und infolge dessen der förmliche Asylantrag noch nicht gestellt worden sei.

Die Fallzahlen aus den Rechtskreisen des SGB II, SGB II-Integrationen, SGB XII und dem Asylbewerberleistungsgesetz sind in der anliegenden PowerPoint Präsentation dargestellt, welche darüber hinaus auch die aktuellen Zuweisungszahlen abbildet.

Zur Unterbringungssituation weist Fachbereichsleiter Erps darauf hin, dass seit Anfang September auch in der Übergangseinrichtung ‚alte Post‘ der Stadt Kleve zugewiesene Asylbewerber untergebracht seien. Insgesamt halte jedoch die Stadt Kleve am

dezentralen Unterbringungskonzept fest, welches letztendlich durch die Tatsache dokumentiert werde, dass 57 % aller der Stadt Kleve zugewiesenen Asylbewerber in privaten Wohnungen untergebracht seien.

Eingehend auf eine entsprechenden Frage des Stadtverordneten Hütz stellt Fachbereichsleiter Erps fest, dass bei einer fehlenden Notwendigkeit des Umzuges die Leistungsbezieher dennoch umziehen dürfen. Bei der Berechnung des Arbeitslosengeldes II können dann nur angemessene Kosten der Unterkunft berücksichtigt werden.

Stadtverordneter Döllekes äußert seine Befürchtung, dass die Stadt Kleve der große Verlierer der neuen Konzeption des Kreises Kleve sei. Im Stadtgebiet Kleve seien kaum Wohnungen zu bekommen, welche die in der Konzeption genannten Kriterien erfüllen. Er befürchte aus diesem Grund eine Vielzahl von Aufforderungen zur Senkung der Unterkunftskosten.

Hierauf eingehend weist Fachbereichsleiter Erps darauf hin, dass die Kollegen/innen des Fachbereiches Arbeit und Soziales die entsprechenden Fälle derzeit überprüfen würden. Soweit sich im Rahmen dieser Prüfung zeigen werde, dass in Einzelfällen unangemessene Unterkunftskosten vorlägen, würden die entsprechenden Kunden aufgefordert werden, für eine Senkung dieser Kosten Sorge zu tragen. Im Rahmen einer Einzelfallüberprüfung werde jedoch der Fachbereich Arbeit und Soziales auch künftig über einen etwaigen Verbleib im bisherigen Wohnraum entscheiden.

Auf die Ausführungen des Fachbereichsleiters eingehend, verdeutlicht der Erste Beigeordnete Haas, dass das nunmehr vorliegende Konzept durch den Kreis Kleve als Träger der Leistungsgewährung erstellt worden sei. Auf etwaige Inhalte habe die Stadt Kleve keinen Einfluss. Seiner Ansicht nach komme jedoch das erstellte Konzept in weiten Teilen der Wirklichkeit sehr nahe – Überschreitungen lägen sicherlich nicht in großer Zahl vor. Außerdem sei darauf hinzuweisen, dass die durchschnittlichen Mieten der Gemeinnützigen Wohnungsgesellschaft sich deutlich unterhalb durchschnittlicher Quadratmeterpreise in Kleve bewegen würden. Auch nach etwaigen Modernisierungsmaßnahmen gehe er davon aus, dass etwaige Aufwendungen kostenneutral seien, da zu einem die Mieten steigen, jedoch die Nebenkosten sinken würden.

Stadtverordnete Thon fragt nach der Anzahl der Menschen, deren Unterkunftskosten nicht im vollen Umfange nach dem KDU-Konzept des Kreises Kleve berücksichtigungsfähig seien.

Hierauf eingehend stellt Fachbereichsleiter Erps fest, dass bereits vor der Erstellung dieses Konzepts Leistungsbezieher in unangemessenem Wohnraum wohnhaft gewesen seien. Zudem sei zu berücksichtigen, dass im Wege einer Bagatellgrenze ein etwaiger Umzug entbehrlich sei, da aufgrund der geringfügig überschrittenen Obergrenze dieser unwirtschaftlich wäre.

Stadtverordneter Hiob stellt die Frage, ob für die Betrachtung des Fachbereiches Arbeit und Soziales die laufende monatliche Brutto- und Warmmiete oder eine etwaige nachträgliche Erhöhung nach Eingang der Betriebskostenabrechnung Verwendung finde.

Hierauf eingehend stellt Fachbereichsleiter Erps fest, dass beide Sachverhalte Grundlage eine entsprechenden Betrachtung seien.

Zu den Ausführungen des Fachbereichsleiters Herrn Erps zum Rechtskreis des Asyl stellt Ausschussvorsitzende Siebert die Frage, ob die Inbetriebnahme der Übergangseinrichtung ‚alte Post‘ die Entlastung anderer Standorte bedeute.

Hierauf eingehend stellt Fachbereichsleiter Erps fest, dass die Verwaltung eine etwaige Vollbelegung vermeiden wolle. Diesbezüglichen Bemühungen seien jedoch eventuell durch die Anzahl von künftigen Zuweisungen Grenzen gesetzt.

Ebenfalls eingehend auf den Rechtskreis Asyl teilt erster Beigeordneter Haas den Anwesenden mit, dass die Stadt Kleve einen Betrag von 2,2 Millionen Euro aus städtischen Mitteln vorfinanziert habe, um eine Unterbringung minderjähriger Flüchtlinge sicherzustellen. Die Stadt Kleve habe den genannten Betrag aus städtischen Mitteln vorfinanziert. Nach seiner Auffassung sei es unabdingbare Voraussetzung für einen ausgeglichenen städtischen Haushalt, dass der Landschaftsverband Rheinland seiner Verpflichtung nunmehr nachkomme und der Stadt Kleve die aufgewendeten Beträge erstatte. Organisatorische Mängel des Landschaftsverbandes dürfen nicht zu finanziellen Konsequenzen der Stadt Kleve führen dürfen.

Zum Abschluss dieses Tagesordnungspunkts dankt Ausschussvorsitzende Siebert Fachbereichsleiter Erps für seine Ausführungen.

2. **Controllingbericht des Fachbereichs Arbeit und Soziales für das 2. Quartal 2016**
- Drucksache Nr. 497 /X. -

Zu der genannten Drucksache ergeben sich aus dem Kreis der Anwesenden keine Fragen und Anmerkungen.

Beschluss:

Der Sozialausschuss nimmt den Controllingbericht einstimmig zur Kenntnis.

3. **Quartiersentwicklung**

Zu Beginn ihrer Ausführungen erinnert Ausschussvorsitzende Siebert an den Vortrag des Herrn Howestädt in der Sitzung des Sozialausschusses vom 25.05.2016, in dem dieser das Handlungskonzept der Stadt Bocholt vorgestellt habe. In dieser Sitzung sei jedoch eine Diskussion bzw. ein Gedankenaustausch nicht mehr erfolgt, so dass sie aus diesem Grunde den genannten Tagesordnungspunkt für die heutige Sitzung auf die Tagesordnung gesetzt habe.

Im Rahmen einer PowerPoint Präsentation, welche anliegend ebenfalls der Niederschrift beigelegt ist, sind Handlungsfelder, Ziele und Problemkreise dargestellt. Kleve sei von einer regen Bautätigkeit geprägt. Nach ihrer Auffassung mangle es jedoch an bezahlbarem Wohnraum.

Eingangs der folgenden Diskussion schlägt Stadtverordneter Görtz vor, die zwei Quartiere ‚Bahnhof‘ und ‚Klimaschutzsiedlung‘ als ersten Schritt zu betrachten. Seiner Auffassung nach mangle es in beiden Quartieren an besonderen Sozialräumen, welche der Begegnung dienen und Vereinsamung vermeiden können. Gerade der seinerzeitige Besuch einer Delegation in Almere/NL habe gezeigt, dass eine aktive Bautätigkeit ohne Schaffung sozialer Begegnungsräume zu fatalen Ergebnissen führe. Seiner Ansicht nach gehöre die Quartiersentwicklung in das integrierte Handlungskonzept der Stadt Kleve.

Dem entgegen stellt Erster Beigeordneter Haas fest, dass die Inhalte und Ziele des Handlungskonzeptes für die Innenstadt mit der Bezirksregierung abgestimmt seien und insoweit der festgestellte Rahmen eine Erweiterung ausschließe.

Stadtverordneter Verhoeven erinnert an den Besuch des Sozialausschusses in den Niederlanden. Dieser Besuch habe gezeigt, dass mit entsprechenden baulichen Aktivitäten und Schaffung von Begegnungs-/ Treffpunkten ein gedeihliches Miteinander von behinderten und nichtbehinderten Menschen möglich sei. Eventuell könne dieses Beispiel in ausgewählten Ortsteilen in Kleve Schule machen.

Stadtverordnete Gerritzen weist ebenfalls darauf hin, dass in manchen Ortsteilen eine Vielzahl von Neubauten erstellt worden seien. Begegnungstreffpunkte seien jedoch regelmäßig nicht vorhanden. Zudem halte sie die Schaffung von Netzwerken für unabdingbar um eine etwaige Pflege in den eigenen vier Wänden sicher zu stellen.

Erster Beigeordneter Haas stellt die baulichen Aktivitäten in der Richard-van-de- Loo Straße durch die Gemeinnützige Wohnungsgesellschaft als positives Beispiel dar. Die entsprechenden Gemeinschaftsräume seien hier Garanten für ein soziales Miteinander.

Den Ausführungen des Ersten Beigeordneten beipflichtend, hält auch Stadtverordneter Bungert eine sachgerechte Planung für eine unabdingbare Voraussetzung zu einer gelingenden Quartiersentwicklung. Hierbei sei abzuwägen, ob entsprechende Aktivitäten in der Innenstadt oder der Peripherie zielgerichtet seien. Am Beispiel des Ortsteiles Reichswalde werde deutlich, dass diese oftmals lediglich Schlafstätte seien.

Stadtverordneter Döllekes stellt fest, dass auch der Neubau auf dem Gelände des ehemaligen Schweizerhauses aufgrund der gelungenen Architektur entsprechende Möglichkeiten der Begegnung biete.

Stadtverordneter Maaßen erklärt, dass nicht zuletzt aufgrund der Einflussnahme der Politik die baulichen Aktivitäten in der Richard-van-de-Loo Straße für Kleve gewinnbringend seien.

Stadtverordneter Hiob bemerkt, dass die vorliegende Diskussion den Bedarf deutlich dokumentiere. Er halte eine Fortsetzung der Diskussion in den Fraktionen für zielorientiert. Hier sollen ggf. entsprechende Richt- bzw. Leitlinien entwickelt werden. Anschließend seien die Fraktionen gehalten entsprechende Erklärungen zu formulieren.

Den Ausführungen beipflichtend beurteilt auch Ausschussvorsitzende Siebert die Diskussion in den Fraktionen für gut. Ihres Erachtens sei jedoch ein diesbezüglicher Vorschlag aus der Verwaltung hinsichtlich der Definition der Quartiere notwendig.

Erster Beigeordneter Haas hält es für sinnvoll neben dem Bereich Soziales auch den Baubereich der Stadt Kleve entsprechend zu beteiligen, da auch die komplette Infrastruktur zu betrachten sei. Bevor die Verwaltung jedoch beauftragt werde, seien der Verwaltung detaillierte Vorgaben aus dem politischen Raum zu machen.

Nach Auffassung des Stadtverordneten Ricken seien auch Kulturausschuss und Bauausschuss in angemessener Weise bei den Aktivitäten zu beteiligen.

Stadtverordnete Merges schlägt in diesem Zusammenhang vor, Fachleute verschiedener Ausschüsse in einem neuen Gremium zu vereinen.

Sachkundiger Bürger Kanders hält es für notwendig die geplanten Aktivitäten zu konkretisieren.

Erster Beigeordneter Haas stellt fest, dass er die Ausführungen der Vorsitzenden als Impulsvortrag ansehe. Auch er halte daher eine weitere Diskussion auf Fraktionsebene sinnvoll um in Anschluss daran entsprechende Absichtserklärungen der Fraktionen im Sozialausschuss erneut zu beraten.

Den Ausführungen des Ersten Beigeordneten beipflichtend, hält auch Ausschussvorsitzende Siebert dies für einen machbaren Weg und bittet darum ihr bis Ende Oktober entsprechende Ausführungen zur Verfügung zu stellen, so dass sie in der Lage sei, die Angelegenheit für die Sitzung des Sozialausschusses im Monat November auf die Tagesordnung zu setzen.

4. Mitteilungen

a) Vorstellung der Koordinatorin Frau Süßmaier

Erster Beigeordneter Haas stellt den Anwesenden Frau Ariane Süßmaier als neue Koordinatorin für Flüchtlingsfragen vor.

Frau Süßmaier erklärt, dass sie seit dem Jahre 2001 bei der Stadt Kleve beschäftigt sei. Sie werde eingangs ihrer neuen Tätigkeit zunächst Kontakte knüpfen, um ein Konzept für eine gelingende Integrationsarbeit zu entwickeln.

Ausschussvorsitzende Siebert dankt Frau Süßmaier und wünscht ihr für die weitere berufliche Tätigkeit viel Erfolg.

Erster Beigeordneter Haas gibt in diesem Zusammenhang bekannt, dass Frau Süßmaier sich zunächst zu einem Gedankenaustausch mit den in Kleve tätigen Vereinen und Verbänden in Verbindung setzen werde, um dann unter Berücksichtigung der erhaltenen Informationen eine gelingende Integration ausländischer Flüchtlinge zu organisieren.

b) KOMM-AN NRW

Fachbereichsleiter Erps erläutert den Anwesenden die Inhalte und Zielsetzungen des Förderprogramms KOMM-AN NRW, welches eine finanzielle Unterstützung von ehrenamtlichen Aktivitäten vorsehe.

c) Klosterpforte

Ausschussvorsitzende Siebert teilt den Anwesenden mit, dass die Einrichtung Klosterpforte noch Bedarf an ehrenamtlichen Aktivitäten habe. Die Einrichtungen suche noch Menschen, die bereit seien mit den Besuchern Sonntags gemeinsam zu kochen und Vorurteile abzubauen.

5. **Anfragen**

a) Besichtigung Übergangsheim 'Alte Post'

Stadtverordneter Heyrichs dankt Herrn Erps für die erhaltene Einladung zur Besichtigung der neuen Übergangseinrichtung ‚Alte Post‘.

Ende der Sitzung: 18.20 Uhr

(Siebert)
Vorsitzende

(Kunders)
Schriftführer